

A17 (Ä1) Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen statt Populismus und Diskriminierung

Antragsteller*in: Ocean Renner (KV Nordfriesland)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Die Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft ist durch jegliche Arten
2 von Extremismus größer den je: Ob durch die AfD als parlamentarischer Arm des
3 Rechtsextremismus, islamistische Anschläge oder die Bedrohung durch autoritäre
4 Regime aus dem Ausland. Alles zeigt, wie ernst die Gefahr ist und dass die
5 bisherigen Antworten auf diese nicht ausreichend sind. Schließlich bedrohen
6 Islamismus, Rechtsextremismus und andere extremistische Ideologien Frauen*,
7 queere Menschen, Minderheiten, Andersdenkende und -gläubige in ihrer Lebensweise
8 und Freiheit. Wir müssen daher diese aktuellen Entwicklungen in den Blick
9 nehmen.

10 Der furchtbare Terroranschlag von Solingen hat uns zutiefst erschüttert. Deshalb
11 verurteilen wir umso mehr jegliche Versuche, den Anschlag für politische Zwecke
12 auszunutzen. Es ist fatal, dass sich die politische Diskussion im Bereich
13 Terrorismusbekämpfung mehr auf rechtspopulistische Scheinargumente und die
14 Abschiebung von Geflüchteten konzentriert als auf tatsächliche Lösungen. Solche
15 Debatten werden der Relevanz des Themas nicht gerecht und schaden insbesondere
16 den Menschen, die bereits jetzt am stärksten marginalisiert sind. Es darf nicht
17 passieren, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Staatsangehörigkeit,
18 ihres Aussehens oder Geburtsortes unter Generalverdacht gestellt werden. Dies
19 befeuert rassistische Vorurteile und gefährdet unsere Demokratie und die
20 Sicherheit vieler unbeteiligter Menschen.

21 Als Bündnis 90/die GRÜNEN Schleswig-Holstein fordern wir daher nicht nur eine
22 klare Kante gegen Extremismus zu zeigen, sondern auch endlich Konsequenzen aus
23 dieser zu ziehen. Wir stehen zu unserer außen- und innenpolitischen Haltung,
24 Menschenrechte, Frieden und Humanität in den Mittelpunkt zu stellen. Dies
25 bedeutet auch, international gegen autoritäre Regime zu stehen und Terrorismus
26 gemeinsam zu bekämpfen. Innerhalb von Schleswig-Holstein und Deutschland gelten
27 diese Grundsätze nicht nur, sie müssen sich auch in unserer Innenpolitik
28 widerspiegeln:

29 1) Viele Menschen fliehen weltweit vor islamistischer Gewalt und Terror. Ein
30 entschlossener Kampf gegen Islamismus bedeutet, dass Menschen, die vor diesem
31 fliehen, Schutz bekommen. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass
32 bis jetzt kein bundesweiter Abschiebestopp für Ezid*innen beschlossen wurde,
33 obwohl der Deutsche Bundestag den Genozid der Terrororganisation „Islamischer
34 Staat“ an den Ezid*innen bereits offiziell anerkannt hat.

35 2) Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien lehnen wir strikt ab, genauso wie
36 Streichungen, Kürzungen und Einschränkungen von Sozialleistungen für Geflüchtete
37 (bereits jetzt befinden sich die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
38 unter dem Existenzminimum), das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“, den
39 Kabinettsbeschluss (vom 26.06.24) zur Verschärfung im Aufenthaltsrecht in der
40 derzeitigen Form und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen. Das
41 Asylrecht ist eine unverzichtbare Errungenschaft und eine historische Lehre aus

42 der Zeit des zweiten Weltkrieges, in der unter anderem jüdische Schutzsuchende
43 an den Grenzen abgewiesen und später vom NS-Regime ermordet wurden. Eine
44 Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Taliban-Regime in Afghanistan, das
45 Gender-Apartheid betreibt, oder dem diktatorischen Assad-Regime in Syrien würde
46 eine Stärkung von Diktatur, Antisemitismus und Islamismus bedeuten. Zudem
47 verbietet es sich, Menschen in Gebiete zu schicken, in denen ihnen Folter und
48 Tod drohen. Terrorismus wird nicht bekämpft, indem man Menschen, die teilweise
49 selbst vor Terror und Gewalt fliehen, noch unmenschlicher behandelt. Stattdessen
50 brauchen wir Solidarität und Zusammenarbeit mit den Menschen, die sich mutig
51 gegen Diktatur und Terror stellen. Migrantische Initiativen und Stimmen für
52 Vielfalt und Demokratie, zum Beispiel von geflüchteten Afghan*innen,
53 Syrer*innen, iranischen Oppositionellen, Kurd*innen, Ezid*innen, und vielen mehr
54 müssen gestärkt werden.

55 3) Statt dieser aktuellen Debatte brauchen wir lösungsorientierte Vorschläge.
56 Wir müssen uns auf eine menschliche Migrations- und Integrationspolitik
57 fokussieren. Dazu gehören mehr Geld für Integrations- und Sprachkurse, die
58 Aufhebung von Arbeitsverboten, Abbau von diskriminierenden Strukturen, bessere
59 personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Behörden, psychotherapeutische
60 Angebote für Menschen mit Traumata und weitere Maßnahmen, um den
61 Herausforderungen gerecht zu werden.

62 4) Unsere Demokratie wird täglich durch die vielen Menschen gestärkt, die sich
63 ehrenamtlich engagieren. Wir brauchen endlich ein starkes
64 Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für
65 Demokratiebildung und Menschenrechte einsetzen, langfristig Planungssicherheit
66 bietet. Programme wie „Demokratie leben!“ müssen vonseiten des Bundes, vonseiten
67 des Landes entsprechend cofinanziert, auskömmlich finanziert und vor Ort
68 professionell begleitet werden .

69 5) Kultur verbindet Menschen und stärkt Gesellschaft. Die Förderung von Kultur,
70 Kunst und Musik, die Juden*Jüdinnen, BIPOC, queeren Menschen, Menschen mit
71 Behinderung und anderen unterrepräsentierten Gruppen eine Plattform bietet, muss
72 gesichert und ausgebaut werden.

73 6) Viele Menschen, die sich terroristischen Gruppierungen anschließen oder
74 terroristische Gewalttaten begehen, radikalieren sich in Deutschland.
75 Radikalisierung findet auch häufig im Internet statt. Deshalb gilt: Die
76 Bekämpfung von Fake News, Hassrede und Aufstachelungen muss endlich angegangen
77 werden. Dazu fordern wir, die bestehenden Regeln durchzusetzen, Social-Media-
78 Konzerne konsequent zur Moderation zu verpflichten und die Sicherheitsbehörden
79 so in ihrer Ausbildung und Infrastruktur auszustatten, dass sie Straftaten im
80 Netz erfolgreich aufklären können.

81 7) Wir fordern den Fokus unserer Politik auf Prävention zu legen, um
82 reaktionären Denkweisen entgegenzuwirken. Prävention ist hier vielfältig gemeint
83 und stützt sich auf alle genannten Punkte. Ob durch Bildungsarbeit, Kultur, die
84 Arbeit der Sicherheitsbehörden oder andere Maßnahmen: Unsere Gesellschaft muss
85 überhaupt verhindern, dass es zu Gewalt, Hass und Hetze kommt, anstatt sich in
86 der reinen Reaktion auf diese wiederzufinden.

87 8) Weiter unterstützten wir ausdrücklich rechtsstaatliche Schritte wie
88 Vereinsverbote, Befugnisse für den Verfassungsschutz bei der Kontrolle von
89 extremistischen Organisationen (z. B., um die Finanzierung besser zu erkennen)

90 oder politische Maßnahmen wie die Verschärfung des Waffenrechtes und der Entzug
91 von Waffen bzw. die Nicht-Erteilung von Waffenerlaubnissen für Extremist*innen.
92 Entscheidend bleibt, dass diese Maßnahmen im Sinne der Gewaltenteilung
93 kontrolliert werden. Auch Schritte die sich auf den Verfassungsschutz und andere
94 Institutionen beziehen, müssen immer mit einer kritischen Betrachtung dieser
95 einhergehen. Dadurch verhindern wir einen Missbrauch dieser Möglichkeiten und
96 arbeiten weiterhin an Reformen und Verbesserungen für diese.

97 9) Extremistische Angriffe wie dieser in Solingen sind auch ein Ausdruck
98 patriarchaler Strukturen, die sich nach wie vor durch unsere Gesellschaft
99 ziehen. Gewalt von Männern muss als sicherheitspolitisches Thema in den
100 Mittelpunkt gerückt werden. Es braucht flächendeckende Jungenarbeit, die
101 zielgerichtet Geschlechterstereotype problematisiert und Rollenbilder aktiv
102 aufbricht und Gewaltpräventionsangebote, die bei Verhaltensauffälligkeiten
103 einschreiten können, bevor es zu einer schweren Straftat kommt. Von
104 patriarchaler Gewalt Betroffene müssen flächendeckenden Schutz und Beratung
105 erhalten.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

106 Extremistische Ansichten gefährden Menschen-Rechte und unser Zusammen-Leben.
107 Deshalb müssen wir extremistische Ansichten bekämpfen.

108 Wir finden es nicht gut, wie viele Menschen in der Politik momentan auf diese
109 Gefahr antworten. Viele Mitmenschen werden dabei diskriminiert.

110 Wir wollen, dass Menschen, die vor Extremismus fliehen, Schutz bekommen. Wir
111 wollen, dass Schutzsuchende selbst-bestimmt leben können und gut versorgt
112 werden.

113 Wir wollen, dass die Demokratie-Förderung, politische Bildung und Kultur mehr
114 Geld und Unterstützung bekommen.

115 Wir wollen verhindern, dass Menschen zu Extremist*innen werden und Hass
116 verbreitet wird. Wir wollen Extremismus rechtstaatlich bekämpfen.

117 Wir wollen Gewalt von Männern als wichtiges Thema anschauen.

Begründung

An diesem Antrag haben folgende Personen mitgewirkt:

Marcel Beutel

Ocean Renner

Tarik Pahlenkemper

Lone Prolingheuer

Der Antrag wird gleichzeitig auch zur Landes-Mitglieder-Versammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein eingereicht. Wenn der Antrag dort beschlossen wird, schließt sich die Grüne Jugend Schleswig-Holstein als Antragstellerin an.

Unterstützer*innen

Lone Prodingheuer (KV Kiel); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Nils Tellert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Lukas Peschke (KV Kiel); Annette Schubart (KV Ostholstein); Tarik Pahlenkemper (KV Schleswig-Flensburg); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Axel Rasmussen (KV Nordfriesland); Ullrich Günther (KV Ostholstein); Luca Moriconi (KV Pinneberg); Kevin Thomsen (KV Nordfriesland); Marilla Meier (KV Lübeck); Reimo Schaaf (KV Ostholstein); Finn Brüggemann (KV Lübeck); Christoph Fischer (KV Segeberg); Denise Kreissl (KV Segeberg); Maxim Shaporin (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Reinhard Junge (KV Plön); Sören Petersen (KV Lübeck); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Said Etejjari (KV Segeberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg)